Natur und Arbeit – Freunde oder Feinde?

Posted on 10. Juli 2020 by Hans-Jürgen Arlt



Natur…



…schutz.

Fotos: Fabian Arlt

Ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit sind viel beschworene, weil gründlich verfehlte politische Ziele. Bei aller Distanz und gegenseitiger Kritik zwischen Grünen und Roten (nicht partei-, sondern

gesellschaftspolitisch gemeint) fehlt es gleichwohl nicht an Hoffnungen und Beteuerungen, umweltpolitisch Engagierte und gewerkschafts- wie sozialpolitisch Aktive könnten und sollten mehr kooperieren, öfter gemeinsame Initiativen und Projekte auf den Weg bringen; Demokratie und Solidarität seien ihnen doch gleichermaßen wichtig. Aber alte Aversionen stehen neuen Allianzen im Weg, Barrieren zwischen grün und rot wurzeln tief in Geschichte und Struktur der Moderne.

Die soziale Frage – (zu) viele Arme und sozial gefährdete Existenzen in der arbeitenden Bevölkerung –, ist aus der Geschichte der Neuzeit nicht wegzudenken. Für einen unkritischen Blick mag es so aussehen, als würde sich einfach der ewige Unterschied zwischen Reich und Arm fortpflanzen: Hier Herrschaften, die für ihr Vermögen und ihren (Luxus-)Konsum Schätze, Güter, Arbeitskräfte rauben und plündern, dort arme Schlucker, die sich abschuften und am Hungertuch nagen. Tatsächlich hat im 18. Jahrhundert eine tiefer Umbruch, eine Revolution stattgefunden zusammen mit einer radikalen Umorganisation der gesellschaftlichen Arbeit – von Herrschaft zu Wirtschaft. Wo vorher Burgen und Schlösser Politik und (Land-)Wirtschaft gleichzeitig repräsentierten, teilen sich jetzt Regierungssitze und Konzernzentralen die Macht. Die feudal beherrschte bäuerliche und handwerkliche Familienarbeit wurde „befreit“, Arbeit in eigens dafür gegründeten Organisationen (Fabriken, Betrieben) zusammengefasst und industrialisiert, nämlich technisch und wirtschaftlich rationalisiert.



Eine Hochburg der Wirtschaft

Foto: Unsplash



Eine Hochburg der Herrschaft
Foto: Unsplash

Ein Geizhals mit einem Gierschlund

Wirtschaften heißt, das Verhältnis von Aufwand und Ertrag, Kosten und Nutzen, Ausgaben und Einnahmen wichtig zu nehmen. Ein ökonomisches Optimum wird erzielt, wenn der Aufwand möglichst klein und der Ertrag möglichst groß ist. Wer kompromisslos wirtschaftet, *gibt* so wenig wie möglich und *nimmt* so viel wie möglich. Der Vollblutökonom ist ein Geizhals mit einem Gierschlund, ein Kapitalist eben. Weil Kapitalismus Ökonomie pur ist, können seine Interessenvertreter alles als „unwirtschaftlich" zurückweisen, was daneben berücksichtigt werden möchte, zum Beispiel soziale Sicherheit, (Gender-)Gerechtigkeit, Solidarität (inzwischen auch Nachhaltigkeit). Parteien und alle anderen, die sich so etwas auf die Fahne schreiben „verstehen nichts von Wirtschaft".

Über ihre Bewirtschaftung ist die Arbeit glücklich und unglücklich zugleich. Einerseits sieht sie sich dringend gebraucht, denn wo keine Arbeit ist (sie muss nicht von Menschen, sie kann auch von Maschinen geleistet werden), dort ist auch keine Wirtschaft. Andererseits wird die Arbeit ziemlich böse zugerichtet mit den bekannten Folgen für die Arbeitskräfte: Arbeitszeiten so lang, Arbeitsumstände so billig, Arbeitsintensität so hoch, Arbeitsentgelte so niedrig wie möglich. Werden Arbeitskräfte gerade nicht gebraucht oder dauerhaft maschinell ersetzt, will die Wirtschaft mit ihnen nichts mehr zu tun haben, es sei denn, sie treten als zahlungsfähige Kunden auf.

Konfliktbeladene Kooperation

Der organisierte Widerstand der Arbeitskräfte gegen die Ökonomisierung der Arbeit hat Geschichte gemacht. Durch die Geschichte der Arbeiterbewegung ziehen sich viele Risse, dieser eine ist besonders tief, der Riss zwischen Konflikt oder Kooperation als bessere Antwort auf die ökonomische Machtübernahme. Denn wenn sich die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit einmal unter der Regie der Wirtschaft etabliert hat, dann entfaltet diese Tatsache starke Wirkungen: Die bezahlte Arbeitsleistung wird zum wichtigsten sozialen Integrationsfaktor, die Wirtschaftsunternehmen werden zur Verteilstation für Gewinne, Arbeitsentgelte (inklusive Sozialabgaben) und Steuern, letztlich werden Gemeinden, Städte, Regionen, Nationen zu (konkurrierenden) Wirtschaftsstandorten.

Durchgesetzt hat sich zwischen Arbeit und Wirtschaft – in vielen nationalen Variationen (der Tarifpolitik, der Mitbestimmung, des Sozialstaates) – eine konfliktbeladene Kooperation. “Die Arbeiterklasse hat einen langen Weg zurückgelegt von der Absicht, das Lohnverhältnis abzuschaffen, bis zum Anliegen, niemand davon auszuschließen.“ (Adam Przeworski). Die Interessenorganisationen und Parteien der Arbeit konnten eine Vielzahl an Kompromissen erreichen, großenteils haben sie ihren „sozialen Frieden“ mit der kapitalistischen Wirtschaft gemacht.

Ausbeutung der Natur als Fortschritt

„Die Arbeit“ hat sich lange und aufopferungsvoll gegen ihre Bewirtschaftung gewehrt – einig war sie sich mit der Wirtschaft von Anfang darin, dass die Natur für Ausbeutung zur freien Verfügung steht. Natur zu instrumentalisieren, sie zu unterwerfen – zu roden, Unkraut zu vergiften, Nutzpflanzen zu dopen, zu schürfen, zu zähmen, zu mästen, zu schlachten –, und ihre Ressourcen zu verbrauchen, lief unter dem Namen Fortschritt; das sahen Christen und Marxisten, Konservative, Progressive und Revolutionäre bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts fast uneingeschränkt so.

Sich bei der Natur kostenlos zu bedienen, vergrößert den Ertrag, der für Gewinne, Arbeitsentgelte und Steuern verteilt werden kann – deshalb stellen sich die Forderungen der Umweltbewegung als Problem, geradezu als Provokation dar, nicht nur für das rein ökonomische Denken und Handeln, sondern auch für soziale Erwartungen und Ansprüche; bekommen diese doch einen zusätzlichen Konkurrenten im Verteilungskonflikt. In der Konsequenz, wenn die ökonomische Sichtweise als genereller, alles dominierender Maßstab zugrundegelegt bleibt, liegt ein Bündnis von Wirtschaft und Arbeit nahe gegen den Naturschutz; oder auch, zusammen mit der Politik, ein „Bündnis für Arbeit“. Die Natur war nie mit im Bunde.

Seit den 1970er Jahren hat die Ökologiebewegung Erhalt, Pflege und Erneuerbarkeit der natürlichen Umwelt zu einem immer größeren gesellschaftspolitischen Thema gemacht. Klimawandel und Klimakatastrophen, Verschmutzungen und Vergiftungen von Erde, Wasser und Luft mit allen negativen Folgen für Flora, Fauna und humane Lebensräume, lassen keinen vernünftigen Zweifel mehr zu: Die vorherrschende Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensweise bedroht die Zukunft der Zivilisation auf dem blauen Planeten. „Hitzewelle in Sibirien. Der Klimawandel erreicht eine gefährliche Schwelle“, meldet die FAZ in diesen Tagen. Die Erde dreht sich auch ohne Menschen, aber Menschen verlieren ohne eine ökologisch intakte Erde ihre Lebensgrundlage.

Schlüsselrolle für die Arbeit

Bis vor einem halben Jahrhundert basierte die konfliktreiche Kooperation zwischen kapitalistischer Wirtschaft und Arbeit auf der Ausbeutung der Natur. Inzwischen kommt der Arbeit eine Schlüsselrolle zu. Die Streiter für soziale Gerechtigkeit müssen sich entscheiden, ob sie weiterhin mit der kapitalistischen Wirtschaft gegen die Natur handeln oder ob sie sich zusammen mit den umweltpolitischen Akteuren für Nachhaltigkeit stark machen. „Für eine andere Politik“ gehört zu den Lieblingsforderungen soziale engagierter Organisationen – weil sie sich „für eine andere Wirtschaft“ nicht (mehr) zu sagen trauen.

„Bevor wir wissen, was wir tun, müssen wir wissen, wie wir denken“, weiß Joseph Beuys. Es kann keinen sozialen Frieden und es kann erst recht keinen ökologischen Frieden geben, ohne dass sich die Arbeit vom Primat purer Wirtschaftlichkeit befreit. „Die Wirtschaft“ ist kein Feind. Zu wirtschaften, also das Verhältnis von Aufwand und Ertrag nicht aus den Augen zu verlieren, ist eine Bedingung der Möglichkeit von Wohlstand. Aber wenn Wirtschaftlichkeit höchster und letzter gesellschaftlicher Maßstab bleibt, wenn kaum noch etwas gedacht, gesagt und gemacht werden kann, ohne dass sich jemand eine goldene Nase daran verdient, dann wird es wahr werden: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“

National und international gibt durchaus beachtliche Ansätze, Initiativen, Projekte, Foren, soziales und ökologisches Engagement zusammenzubinden – aber es sind noch viel zu wenige und sie sind nicht haltbar, nicht entschlossen, auch nicht groß genug. Wirtschaftsorganisationen werden ihre Entscheidungen nicht aus freien Stücken gleichberechtigt auch an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren. Ohne dass die Arbeiter- und die Ökologiebewegung sich verbünden, ohne dass die großen Ziele soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu einem gemeinsamen Programm werden, wird es auch keine andere Politik geben.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren